



Lübecker Barschel-Ermittler Wille, toter Barschel (1987): Arbeitshypothese Mord

*Barschel*

# „Freunde, wo ist das Motiv?“

**Der größte Polit-Krimi der deutschen Nachkriegsgeschichte wird wiederaufgerollt: Fahnder prüfen, ob der ehemalige Kieler Ministerpräsident Uwe Barschel nicht doch umgebracht wurde. Wilde Komplott-Theorien werden erneut gesponnen, und Staatsanwälte kämpfen mit einem Wust noch immer offener Fragen.**

**M**ag der Jurist auch gelegentlich dösen, jeder Zeuge fühlt sich bei ihm doch stets beobachtet: Heinrich Wille, Leitender Oberstaatsanwalt, hat an die Wand seines Lübecker Büros ein bizarres Poster geheftet. Zwei große braune Pupillen in einem Auge schauen dem Strafverfolger über die Schulter. „Das Auge des Gesetzes“ sei das, sagt

der Behördenleiter, und der Künstler hat offensichtlich die Magie von Magritte nachgeahmt.

René Magritte, der 1967 gestorbene Surrealist und Schöpfer skurriler Welten, hätte seine Freude an Willes spektakulärstem Fall. Denn Magrittes Spiel mit Schein und Sein spiegelt sich auch in dem neuen Verfahren wider, das

der Ermittler jetzt mit aller Macht betreibt.

Der Vorgang trägt ein altes Aktenzeichen, 705 Js 33247/87. Nun soll endlich geklärt werden, wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel vor sieben Jahren im Genfer Hotel „Beau-Rivage“ zu Tode kam, wo seine Leiche in der Ba-

## Lokal und Rabbi

### Die Waffenhändler-Theorie

In einem Papier hat der Bundesnachrichtendienst Ende Dezember vermeintliche Hinweise auf heiße Geschäfte Uwe Barschels notiert. Doch dessen angebliche Visiten im DDR-Waffenlager Kavelstorf etwa haben sich längst als Unsinn herausgestellt.

„All diese Hinweise“, räumt Eduard Lintner aus dem Bundesinnenministerium ein, „haben sich als nicht zutreffend erwiesen.“

Von ähnlicher Qualität sind auch Behauptungen, Barschel habe in Genf



Waffenlager Kavelstorf

kurz vor seinem Tod an einem Waffenhändler-Treffen teilgenommen.

Ein angeblich von der Stasi abgefangenes angebliches Telegramm der CIA, das letzte Woche kursierte, persifliert die Waffenhändler-Theorie. „Jerry nahm Perch mit zu Temple“, soll ein Agent gekabelt haben, „und traf um 21.30 Uhr Lokal und Rabbi.“ Perch heißt Barsch auf englisch, ein möglicher Codename für Barschel. Doch das Telegramm ist nach BND-Einschätzung eine Fälschung.

Ernsthaft wollen sich die Lübecker Ermittler um alte U-Boot-Geschäfte der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel kümmern. Die HDW hatte damals Streit mit dem Iran um eine Anzahlung in Höhe von 250 Millionen Mark für nicht gelieferte Kriegsschiffe. Barschel hatte sich für HDW-Interessen engagiert.

# Emissäre aus dem Orient

Die Geheimdienst-Theorie

Im Herbst 1987, als Uwe Barschel starb, fand in Genf eine der größten Geheimdienstaktionen aller Zeiten statt. Es ging um die Freilassung von über 20 Geiseln, die im Libanon von religiösen Gruppen und Kidnapperbanden festgehalten wurden.

Fast alle westlichen Geheimdienste hatten Abordnungen geschickt, auch das sowjetische KGB war vertreten; es wimmelte von Emissären aus dem Orient. Aus Deutschland mit dabei waren Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und der geheimnisumwitterte Agent Werner Mauss.

Mit Wissen deutscher Behörden versuchte Mauss, zwei verschleppte deutsche Manager frei zu bekommen. An jenem Herbsttag, als Barschel in Genf eintraf, residierte der Detektiv neben Barschels Hotel, dem „Beau-Rivage“.

Irgendwie, so eine Verschwörungstheorie, sollen die Geheimdienstler und vor allem Mauss in den Tod verstrickt gewesen sein. Mitglieder des Krisenstabes, den die Bundesregierung damals gebildet hatte, schließen allerdings aus, daß der Agent in die Affäre verwickelt sein könnte. Der Superdetektiv sei rund um die Uhr observiert worden, weil die deutschen Behörden das Phantom Mauss unter Kontrolle haben wollten.

Die Lübecker Staatsanwälte wollen dies nun überprüfen und die Beamten vernehmen. Ungelöst ist auch die Frage, warum Barschel 1983 Verfassungsschützern erzählt hatte, östliche Geheimdienste wollten ihn anwerben. Der Verfassungsschutz protokollierte den Verdacht unter dem Namen „Tauschhandel“. Möglicherweise hatte Barschel jedoch, wie die Geheimdienstler vermuteten, „undurchsichtige Kontakte im Ost-West-Gestrüpp“ und wollte im Fall einer Enttarnung mit einer derart vorbereiteten Legende aufwarten.



Mauss



Barschel-Flugzeugwrack (1987): Ermittlungen in dichtem Nebel

dewanne seines Zimmers gefunden wurde.

Seit kurzem recherchieren zwei Staatsanwälte, unterstützt von vier Kriminalbeamten, den nach wie vor mysteriösen Fall. Selbst über die jüngsten Festtage wurde gearbeitet, denn seit vorletzter Woche lautet die Arbeitshypothese nicht mehr Selbstmord, sondern Mord.

Damit kommt erneut Bewegung in die größte politische Kriminalaffäre der deutschen Nachkriegsgeschichte. In Serie stehen nun Vernehmungen und Hausdurchsuchungen an, allerorten werden wieder alte Theorien hin und her gewendet, nach denen Barschel sich

nicht selbst getötet haben soll, sondern Opfer von Verschwörungen wurde.

Schon in der nächsten Woche werden Spezialisten des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Generalbundesanwalts den Lübecker Staatsanwälte ihre geheimsten Erkenntnisse vortragen.

Der BND hatte den Strafverfolgern vor sechs Wochen erste Erkenntnisse über seine Quellen aufgelistet. Ende voriger Woche lieferte der Dienst ein weiteres Fünf-Seiten-Skript ab. Die gewagten Papiere heizten prompt die Phantasie der Betroffenen wie der Außenstehenden an. Längst geklärte Fragen werden nun noch einmal gestellt.

Die Liste der möglichen Barschel-Mörder wächst dabei immer weiter. Bulgarische Killer, russische Geheimdienstler und deutsche Kollegen aus dem Osten rangieren ganz vorn.

Ob beim Absturz eines Privatflugzeugs in Lübeck-Blankensee, 1987, den nur Christdemokrat Barschel schwer verletzt überlebte, möglicherweise das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit seine Hände im Spiel hatte, wollte vorige Woche etwa Eduard Lintner wissen, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Innenministerium.

Auf diesen aufregenden Einfall sind vor dem Christsozialen schon andere gekommen. Problem nur: Die Maschine prallte gegen einen Sendemast, den sicher nicht die Stasi hochgezogen hat; auch für den damals liegenden Boden nebel ist sie kaum verantwortlich zu machen.

In Scharen melden sich Tipgeber im Bonner Kanzleramt. Gelangweilte Häftlinge wollen bei Helmut Kohl persönlich ihre Barschel-Ideen loswerden; der israelische Geheimdienst Mossad teilte der Regierung offiziell mit, daß die Thesen des phantasiebegabten Buchautors Victor Ostrovsky über israelische Hintermänner beim Tod des Uwe Barschel Hirngespinnste seien.

Allen halbwegs möglichen Theorien gehen nun die Lübecker Beamten mit deutscher Akribie zu Leibe. Bis ins Detail zeichneten sie zunächst einmal den Tatortfundbericht vom 11. Oktober 1987 nach. Eigentlich Routine, doch die Ermittler zählten in den Erkenntnissen der Genfer Polizei gleich 30 Widersprüche. „Mindestens“, sagt eine mit dem Fall betraute Hauptkommissarin. Die Spurensicherung der Schweizer war schlampig bis desaströs.

Zeitangaben, etwa über die erste Benachrichtigung der Polizei, fehlen. Die Aufnahmen, die der Polizeifotograf gemacht hat, waren unterbelichtet und unbrauchbar – einem Untersuchungsbericht wurden 168 nachgestellte Bilder beigelegt. Etliche Finger- und Handabdrücke, die im Hotelzimmer gefunden wurden, konnten nicht identifiziert oder

einer bestimmten Person zugeordnet werden.

Offen blieb auch die Herkunft rotbrauner Flecken auf dem nassen Badewannenvorleger oder der Verbleib einer Flasche Rotwein, die Barschel geordert hatte. Wie frischer Schmutz an seine Schuhe kam, war für die Genfer Ermittler erst gar kein Thema.

Die Lübecker Staatsanwälte haben sich die Köpfe heiß geredet, ob in Genf ein Kartell der Vertuscher am Werk war, das planvoll die Aufklärung verhin- derte, oder ob lediglich das Mittelmaß Regie führte.

Bei allen Verschwörungstheorien bleibt eine Frage, die sich Experten wie Bernd Schmidbauer, Staatsminister im Kanzleramt, vorige Woche in vertrauter Runde stellten: „Freunde, wo ist das Motiv?“

Zwar gibt es viel Geraune über Barschels Beziehungen zu Waffenhändlern (siehe Seite 33), über Verschwörungen von Geheimdienstlern (siehe Seite 34) oder den Einsatz von Sterbehelfern beim Suizid (siehe unten). Nichts davon ist aber bewiesen.

Im dichten Nebel greifen Ermittler gern zum Lehrbuch. Die Lübecker Strafverfolger waren vorige Woche erst mal damit beschäftigt, ein sogenanntes Beziehungsgeflecht zu entwickeln. Zu wem pflegte der Ex-Ministerpräsident welche Kontakte? „Vielleicht wußte Barschel etwas“, unkt Staatsanwalt Wille, „was anderen gefährlich werden konnte.“

In der Tat gibt es Haarrisse des Zweifels, ob sich der Christdemokrat wirklich selbst getötet hat. Grundlage für das neue Verfahren ist ein Gutachten des Zürcher Toxikologen Hans Brandenberger. Der emeritierte Professor war zu dem Ergebnis gekommen, es sei „sehr unwahrscheinlich“, daß Barschel „noch handlungsfähig war“, als ein tödliches Medikament namens Cyclobarbitol in seinen Körper gelangte.

Brandenbergers These: Barschel sei von drei vergleichsweise harmlosen Arzneimittelwirkstoffen so betäubt gewesen, daß er das starke Schlafmittel nicht mehr selbst habe schlucken können.

Zwei Münchner Professoren, darunter der Toxikologe Ludwig von Meyer,

## Aufgeregter Samariter

### Die Sterbehelfer-Theorie

Eine Expertise des Schweizer Toxikologen Hans Brandenberger, die nahelegt, daß ein Unbekannter Uwe Barschel das tödliche Gift verabreicht haben soll, spricht nicht zwangsläufig für Mord. Wenn wirklich jemand bei Barschel war, als er starb, muß das nicht unbedingt ein Killer gewesen sein.

Es könnte sich auch um einen Sterbehelfer gehandelt haben, der dem schleswig-holsteinischen Christdemokraten in dessen letzten Stunden beigestanden hat. Die Geschichte eines aufgeregten Samariters würde ebenso das Durcheinander in Barschels Ho-

telzimmer erklären wie auch das flüchtige und unprofessionelle Beseitigen von Spuren.

Die Lübecker Staatsanwälte wollen sich deshalb schon in der nächsten Zeit sämtliche verfügbaren Akten über die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) in Augsburg besorgen. Präsident der DGHS war 1987 Hans Henning Atrott, der das Recht auf den eigenen Tod zum Vereinszweck gemacht hatte. Atrott wurde 1994 wegen Handels mit Zyankali und Steuerhinterziehung verurteilt.

Unter den zeitweise 57 000 Mitgliedern des Sterbevereins zirkulierte eine Broschüre, die – als „kombinierte Methode 1: Schlafmittel und Wasser (im Bad)“ – die Anleitung gab, nach der Barschel gestorben ist.

Atrott, dessen Verein in schätzungsweise 6000 Fällen ermöglichte, daß „jemand seinen Willen verwirklichen konnte“ (Atrott), hat allerdings jede Hilfe im Fall Barschel heftig bestritten.

Fest steht: Im Auftrag Atrotts waren damals sogenannte Todesengel mit Pillen und Rezepturen unterwegs – Spezialisten im Töten aus Mitleid. Aber in keiner der sichergestellten Todeskladden taucht der Name Barschel auf. Für Hinweise auf eine Art Eliteeinheit von ausgewählten Sterbehelfern aus dem süddeutschen Raum, die prominenten Selbstmördern beigestanden haben soll, gibt es keine Belege.



Sterbehilfe-Medikamente

waren zu einem anderen Schluß gekommen: Gesicherte Annahmen über die Reihenfolge der Aufnahme der Wirkstoffe seien nicht möglich.

Der schleswig-holsteinische Justizminister Klaus Klingner (SPD) fand die Gegeneinwände Meyers jedoch nicht so überzeugend, daß sie Brandenbergers „Gutachten nun gänzlich bagatellisieren können“. Bei der Kontroverse Brandenberger versus Meyer handelt es sich um das Recycling eines Streits aus dem Jahr 1988, der mit denselben Argumenten ausgetragen wurde. Damals gewann Meyer.

Außer Brandenberger gebe es, beharrt Sozialdemokrat Klingner, „auch Hinweise aus dem nachrichtendienstlichen Milieu, die gerade in letzter Zeit eingegangen sind“. Er meint ein sechseitiges Papier, das der BND Mitte November nach Lübeck geschickt hat („Betr.: Vorgang Dr. Uwe Barschel; Az 44-10-5-0335/94“). Geheimhaltungsstufe: VS-Vertraulich.

Verfasser des Vermerks ist der neue Leiter der BND-Abteilung Sicherheit/Abwehr, Volker Foertsch, der durchaus einen Ruf zu verlieren hatte.

„An der Ermordung des Dr. Uwe Barschel“, so die vom BND kolportierte Verschwörungstheorie, sei die Stasi mit

---

## **Viele Spuren sind für alle Zeiten verloren**

---

einer „Arbeitsgruppe Mielke/Sicherheit, bestehend aus 40 Personen“ beteiligt gewesen. Diese Gruppe AGM/S sei direkt dem früheren Stasi-Minister Erich Mielke unterstellt gewesen.

Die AGM/S habe sich mit „dem perfekten Töten (Kontaktgifte) befaßt“. Nach der Ermordung Barschels habe die Gruppe noch Ende 1992 ein Waffenlager der Bundeswehr überfallen und sei vorher am „Umsturz in der DDR“ beteiligt gewesen: „Man bedaure heute noch, daß dieser unblutig verlaufen sei.“

Diskret teilten die BND-Ermittler den Lübecker Staatsanwälten die Namen von vier angeblichen Mitgliedern der Killertruppe Barschel mit. Es trifft sich, daß alle vier in einem Autohaus in Sachsen-Anhalt arbeiten – das dürfte den späteren Zugriff erleichtern.

Die AGM/S ist kein reines Phantasieprodukt. Sie existierte tatsächlich seit 1964 und sollte im Kriegsfall „Kommandounternehmen auf dem Territorium des Gegners“ durchführen. Nach Stasi-Unterlagen hatte die AGM/S mal 573 Planstellen. Im Wende-Herbst 1989 zählte sie im Bereich der sogenannten Kampfkräfte 110 bis 120 Mitarbeiter.

In den „Einsatz- und Kampfgrundsätzen“ für „tschekistische Einsatzkräfte

im Operationsgebiet“ stand unter dem Stichwort „Liquidieren“:

Das Liquidieren beinhaltet die physische Vernichtung von Einzelpersonen und Personengruppen.

Erreichbar durch: Das Erschießen, Erstechen, Verbrennen, Zersprengen, Strangulieren, Erschlagen, Vergiften, Erstickten.

Das klingt wild, aber es war wohl nur Theorie. Es gibt bislang keinen Beweis für die Behauptung, daß die AGM/S im Westen gemordet hat. Dem zuständigen Generalbundesanwalt jedenfalls ist kein Fall bekannt.

Bezeichnend für die Qualität des BND-Schriftstücks ist das kolportierte Gerücht über ein angebliches Treffen Barschels mit einem Stasi-Mitarbeiter. Nicht nur der Zeitpunkt verwirrt. „Ein Herr Feuchtenberger“ soll sich kurz vor dem 10. Oktober 1987 mit dem Kieler Regierungschef in Genf getroffen haben. Angeblicher Deckname: Robert Roloff.

Bislang galt als unstrittig, daß Barschel erst an seinem Todestag in Genf eintraf, und fast sicher ist auch, daß Barschel den Namen und die Figur „Roloff“ erfunden hatte, um einen Selbstmord wie Mord aussehen lassen zu können.

Auch ist Feuchtenberger nicht irgendwer. Er war Persönlicher Referent des legendären DDR-Spionagechefs Markus Wolf. Ein Mann seiner Position mußte sich aus Operationen im Ausland heraushalten.

Mit dieser Art Geheimdienstunterstützung, ahnen die Ermittler, ist der Fall Barschel nicht zu lösen. Das Verfahren wird so einen mühseligen Gang gehen, aber die Staatsanwälte demonstrieren erbitterten Optimismus. Immerhin haben sie kleine Erfolge zu verbuchen. Nach jahrelangem Gezerre um die Zuständigkeit traf im September die erste große Aktenlieferung aus der Schweiz ein.

Aufwendige kriminaltechnische Untersuchungen stehen nun an. Abgeschnittene Fingernägel von Barschel sollen auf Spuren untersucht, seine Kleidung soll mit modernsten Methoden durchleuchtet werden.

Aber viele Spuren sind für alle Zeiten verloren. Nur fünf Milliliter des Barschel-Urins können noch untersucht werden. „Das ist die unterste Grenze“ für Giftanalysen, sagt der Lübecker Staatsanwalt Sönke Sela.

Am Ende – nicht abzusehen, wann das sein wird – werden die Fahnder deshalb möglicherweise wieder ganz am Anfang stehen. „Unsere Ermittlungen können durchaus die Selbstmordthese bestätigen“, sagt Chefermittler Wille, „aber es wäre ein Ergebnis auf hohem Niveau.“ □